



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

21. Februar 2020

Wochenbericht KW 8

forsa | Kantar | IfD Allensbach

Wähleranteile:	Union bei 27,5 % bzw. 27 %, SPD zwischen 15 % und 14 % Grüne zwischen 24 % und 20 %, AfD zwischen 14 % und 11 %
Wirtschaft:	Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	54 % machen sich Sorgen um den Weltfrieden USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Flüchtlinge:	Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland machen, auf Höchststand (67 %) seit November 2015, jedoch sehen die meisten weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ
CDU/CSU	27 (-1)	27 (-1)	27,5 (-1,0)
SPD	14 (-)	15 (-)	14,5 (+0,5)
FDP	6 (-2)	7 (+1)	8,0 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (-)	9,5 (+1,5)
B'90/Grüne	24 (+1)	20 (-)	23,0 (-0,5)
AfD	11 (+1)	14 (-1)	13,0 (-)
Sonstige	8 (-)	7 (+1)	4,5 (-0,5)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.	13.-19.02.	01.-12.02.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1), bei IfD Allensbach 13 (-1,5) und bei Kantar 12 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merz	31
Habeck	30
keinen von beiden	39
Erhebungszeitraum	10.-14.02.

Friedrich Merz liegt bei der Kanzlerpräferenz lediglich einen Prozentpunkt vor Robert Habeck.

55 % der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merz und 16 % Habeck.

Von den Anhängern der Grünen würden sich 63 % für Habeck und 11 % für Merz entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (23.02.2020)

² im Vergleich zur KW 5

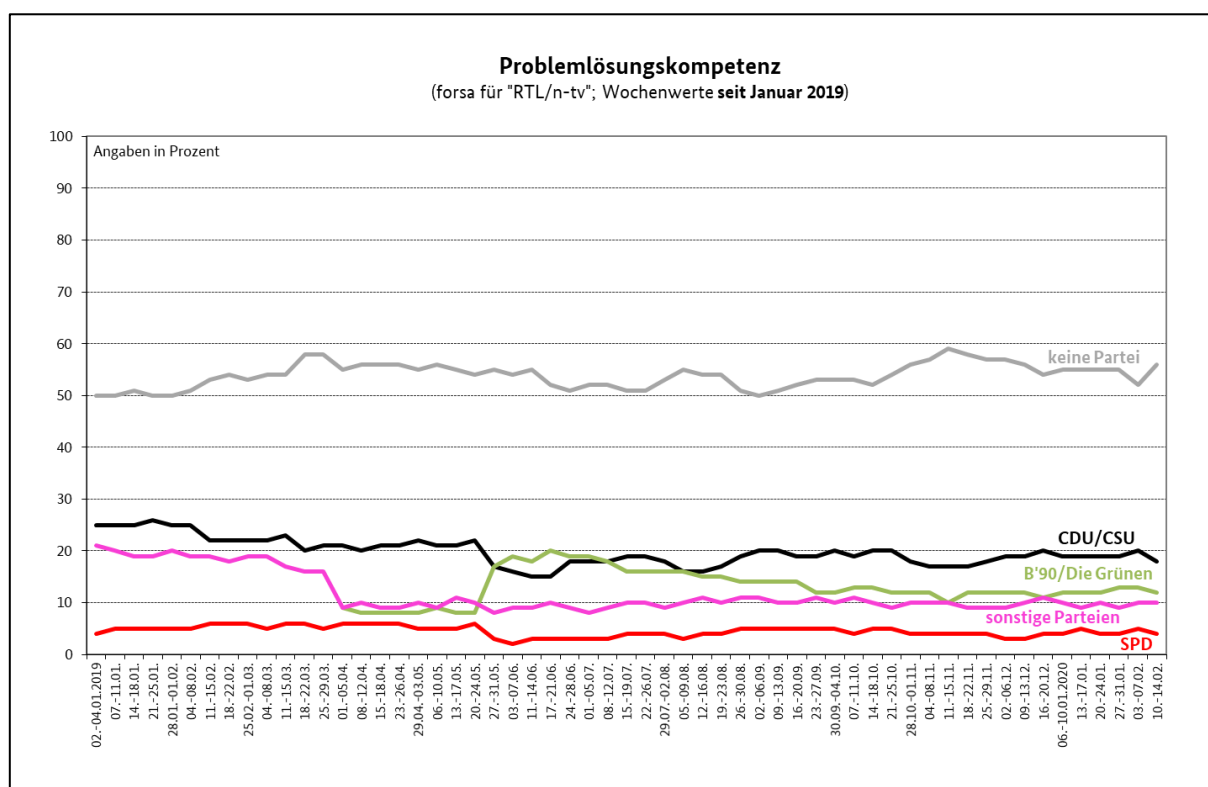
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	18 (-2)
SPD	4 (-1)
Grüne	12 (-1)
sonstige Parteien	10 (-)
keine Partei	56 (+4)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-1) Prozentpunkte vor der SPD und 6 (-1) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 56 % (+4) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



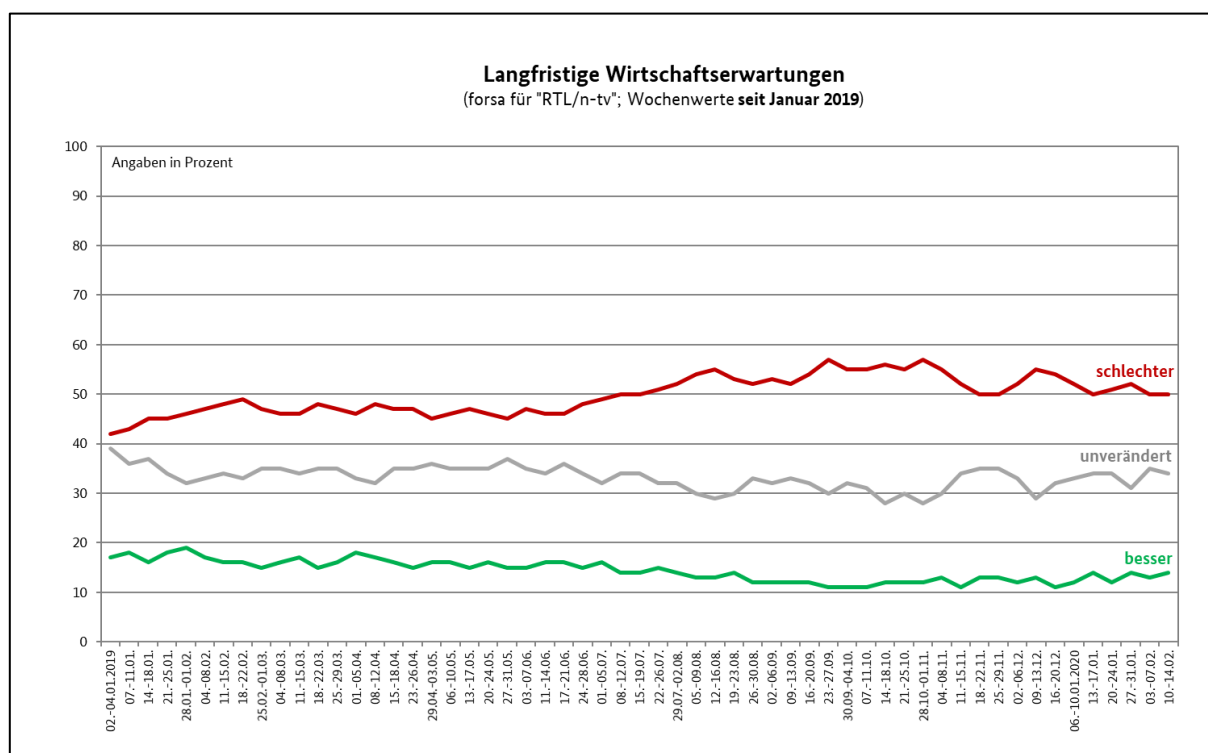
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	14	(+1)
schlechter	50	(-)
unverändert	34	(-1)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 36 (-1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

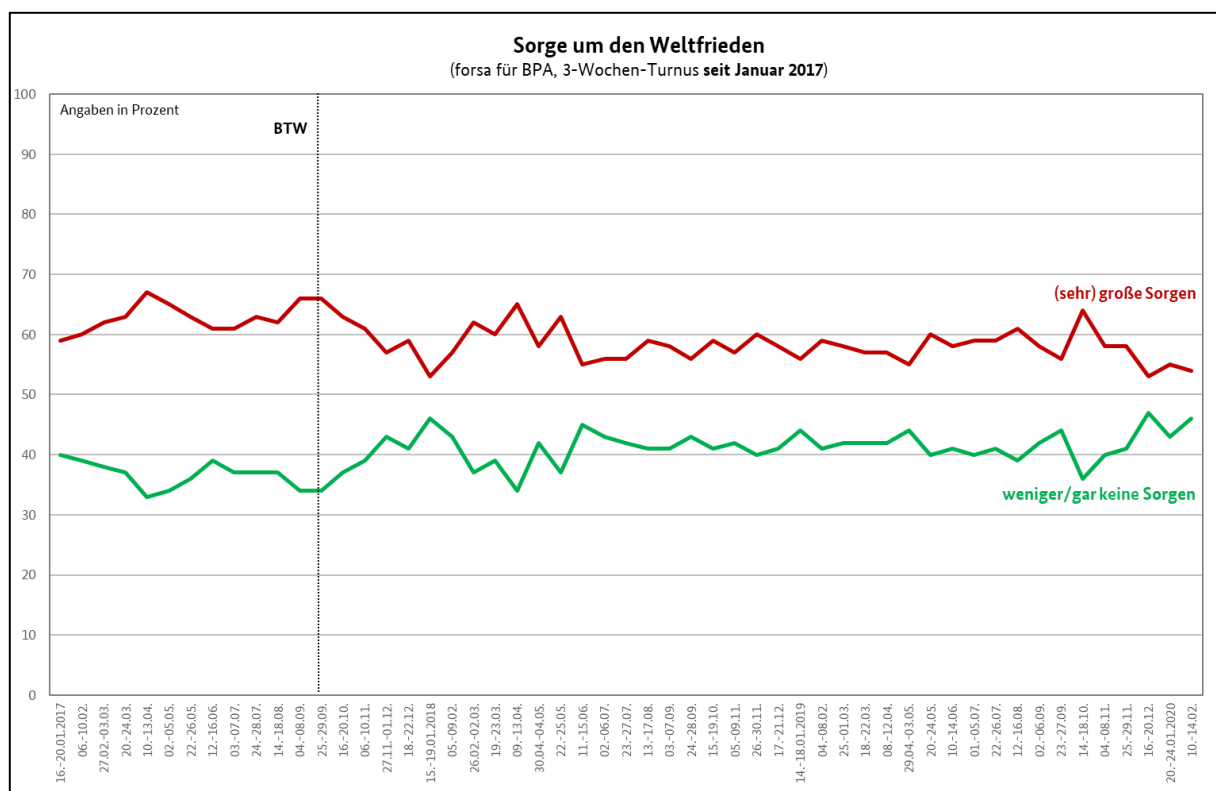


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	forsa für BPA
sehr große	9 (-2)
große	45 (+1)
wenig	37 (+1)
keine	9 (+2)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.

Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden als Männer (62 % zu 45 %), über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (61 % zu 42 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener (61 % zu 49 %).



Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	forsa für BPA	
USA	18	(-)
Naher Osten, arabische Länder	15	(-3)
Syrien	12	(+6)
Umwelt-/Klimakrise	11	(-2)
Krankheiten	8	(+7)
Iran	7	(-13)
Asylbewerber, Flüchtlinge	7	(-2)
Türkei	5	(+2)
Handelskrieg	5	(-)
Irak	5	(-2)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.	

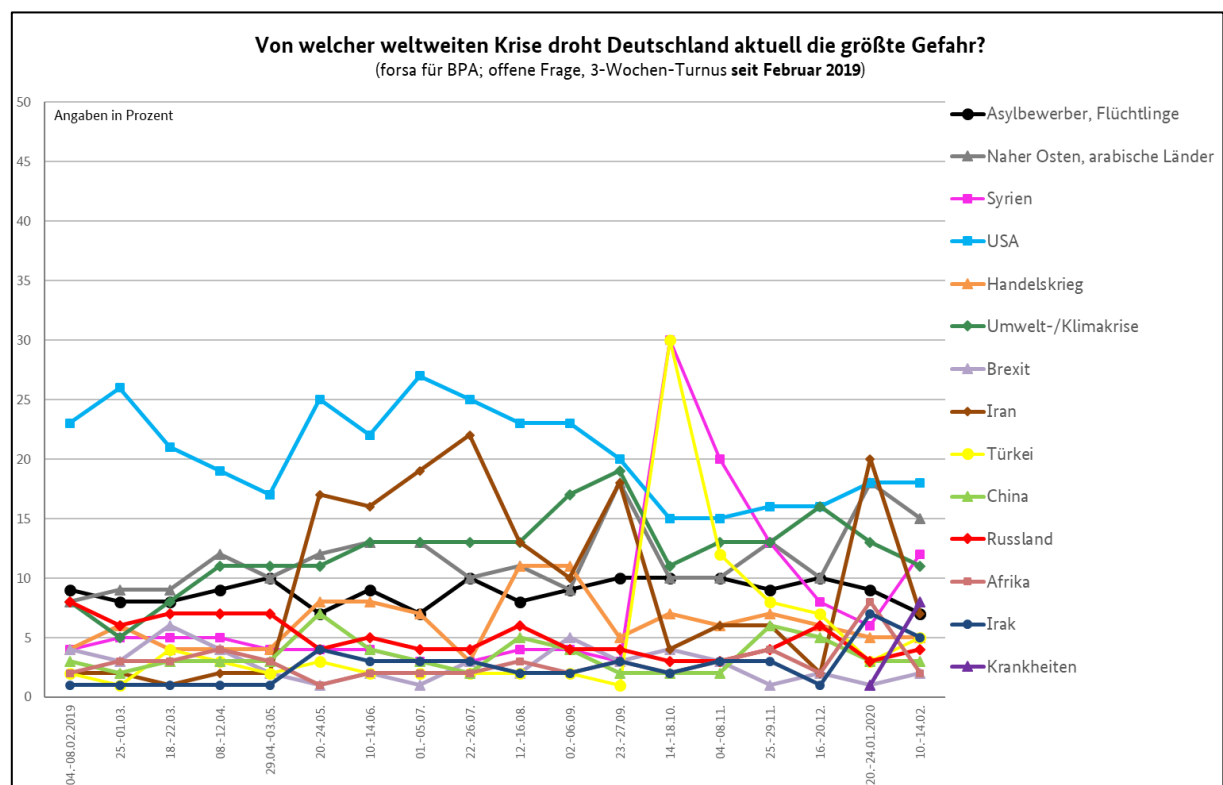
Die Bundesbürger nehmen die USA als größte Gefahrenquelle für Deutschland wahr. Auf den Nahen Osten entfallen nur geringfügig weniger Nennungen.

Frauen nennen die USA häufiger als größte Bedrohung als Männer (21 % zu 14 %).

Über 60-Jährige erwähnen den Nahen Osten deutlich häufiger als größte Gefahr als unter 30-Jährige (23 % zu 1 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (19 % zu 8 %).

Gutverdiener nennen auch Syrien häufiger als größte Gefahrquelle als Geringverdiener (16 % zu 5 %).

Anhänger der Linkspartei (21 %) erwähnen die Umwelt-/Klimakrise überdurchschnittlich oft als größte Bedrohung, unter 30-Jährige deutlich häufiger als über 60-Jährige (25 % zu 5 %) und Geringverdiener häufiger als Gutverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (19 % zu 10 %).



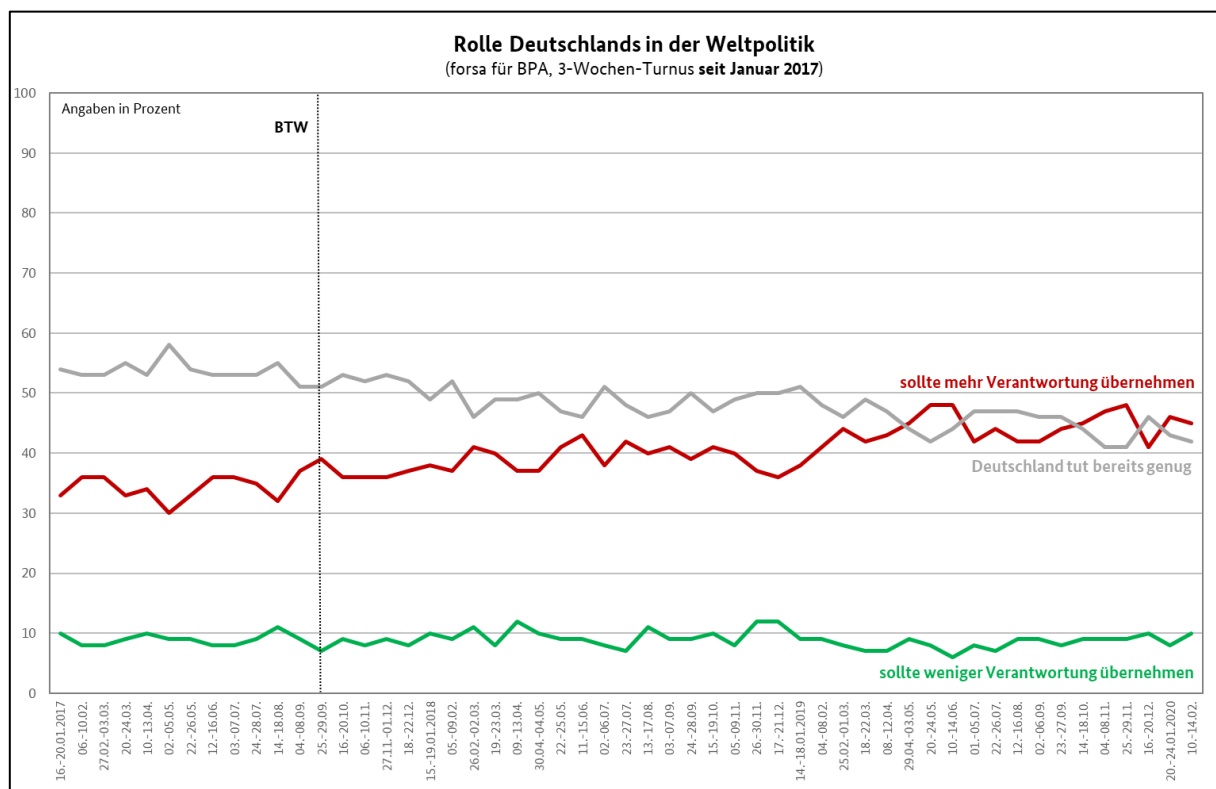
Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	45 (-1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10 (+2)
Deutschland tut bereits genug	42 (-1)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.

Personen mit hoher formaler Bildung (52 %) und Anhänger der Grünen (60 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.



Rolle Deutschlands in der EU

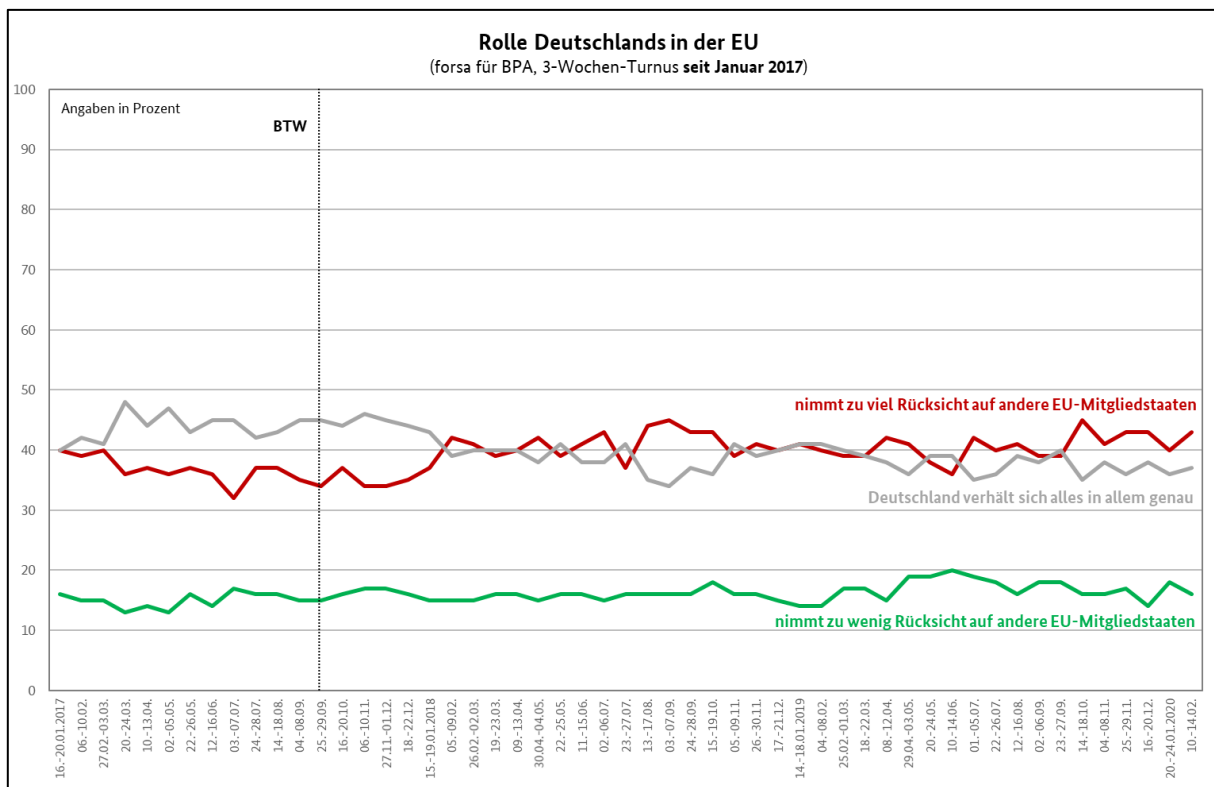
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 5

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	43 (+3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	37 (+1)
Erhebungszeitraum	10.-14.02.

Ostdeutsche (55 %), Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (51 %), 30- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerem Einkommen (jew. 50 %) sowie Anhänger der AfD (72 %) und der FDP (55 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Geringverdiener (24 %) und Anhänger der Linkspartei (30 %) überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (44 %) sowie Anhänger der Grünen (51 %) und der Union (47 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



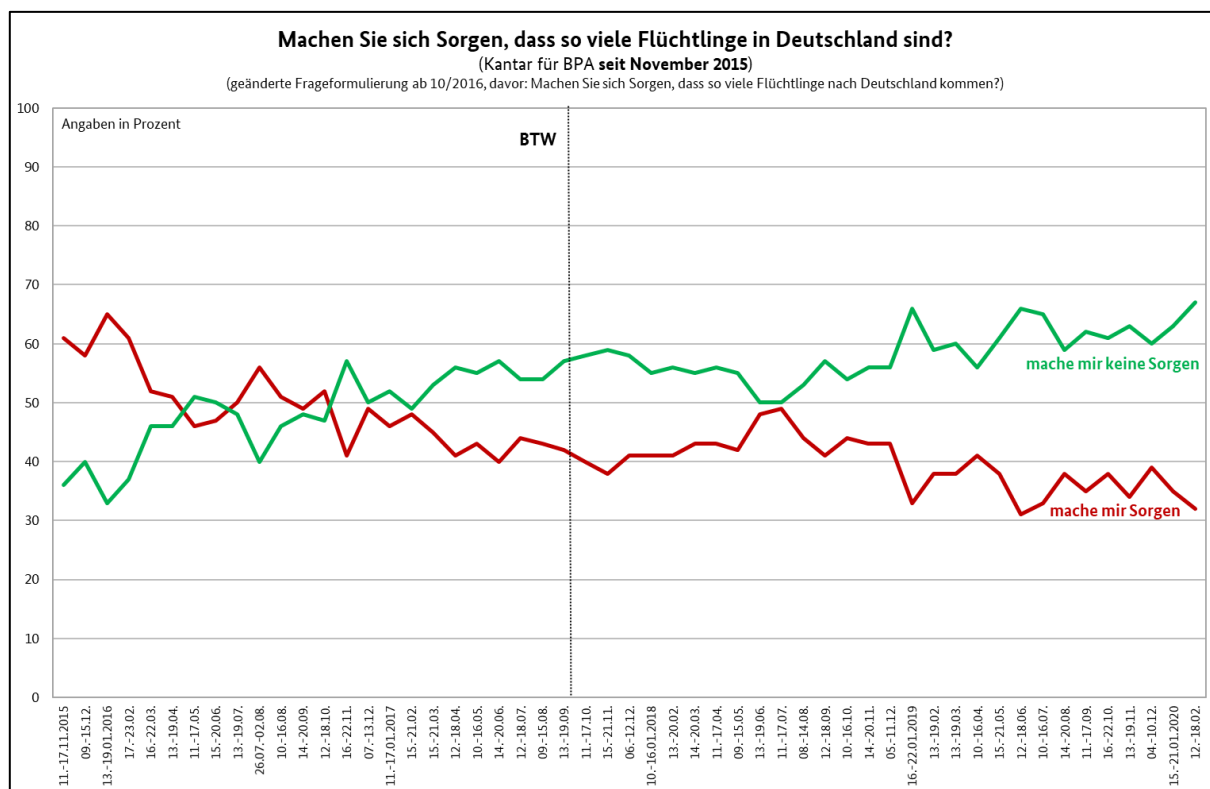
Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	Kantar für BPA
mache mir Sorgen	32 (-3)
mache mir keine Sorgen	67 (+4)
Erhebungszeitraum	12.-18.02.

Der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen machen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind, ist auf den höchsten Wert (67 %) seit Erhebungsbeginn im November 2015 gestiegen. Überdurchschnittlich oft sind Anhänger der Grünen (88 %), der SPD (85 %) und der Linkspartei (80 %) dieser Meinung. Unter 40-Jährige machen sich häufiger keine Sorgen als über 40-Jährige (82 % zu 58 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (77 % zu 60 %).

Hingegen machen sich Anhänger der AfD (87 %) besonders oft Sorgen. Ostdeutsche sind häufiger besorgt als Westdeutsche (41 % zu 30 %).



● Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

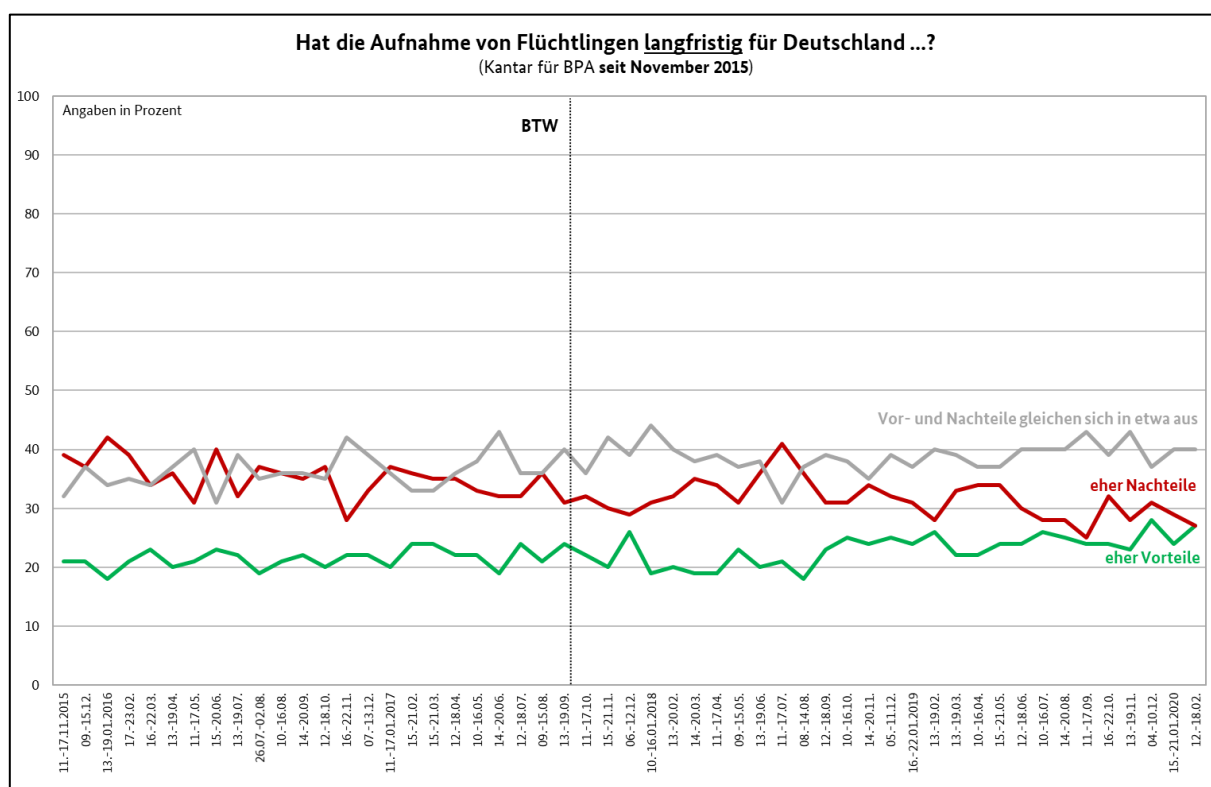
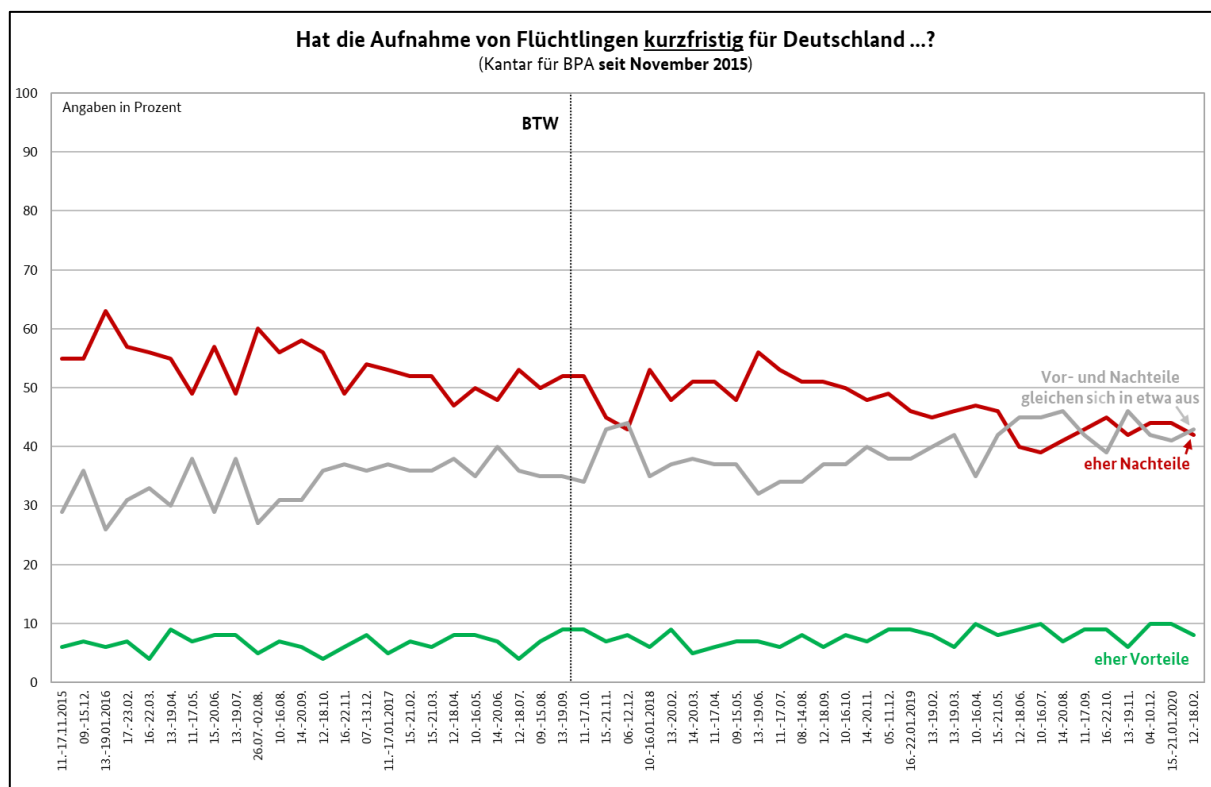
Kantar für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	8	(-2)	27	(+3)
eher Nachteile	42	(-2)	27	(-2)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	43	(+2)	40	(-)
Erhebungszeitraum	12.-18.02.			

Kurzfristig sieht die Bevölkerung weiterhin deutlich mehr Nachteile als Vorteile in der Aufnahme von Flüchtlingen. Überdurchschnittlich oft sind 40- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 54 %) sowie Anhänger der AfD (87 %) dieser Meinung.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (70 %) und 40- bis 59-Jährige (37 %) eher Nachteile. Hingegen sehen unter 30-Jährige (37 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (36 %) sowie Anhänger der Grünen (51 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen, meinen Anhänger der SPD (kurzfristig: 67 %, langfristig: 53 %) überdurchschnittlich häufig.



Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

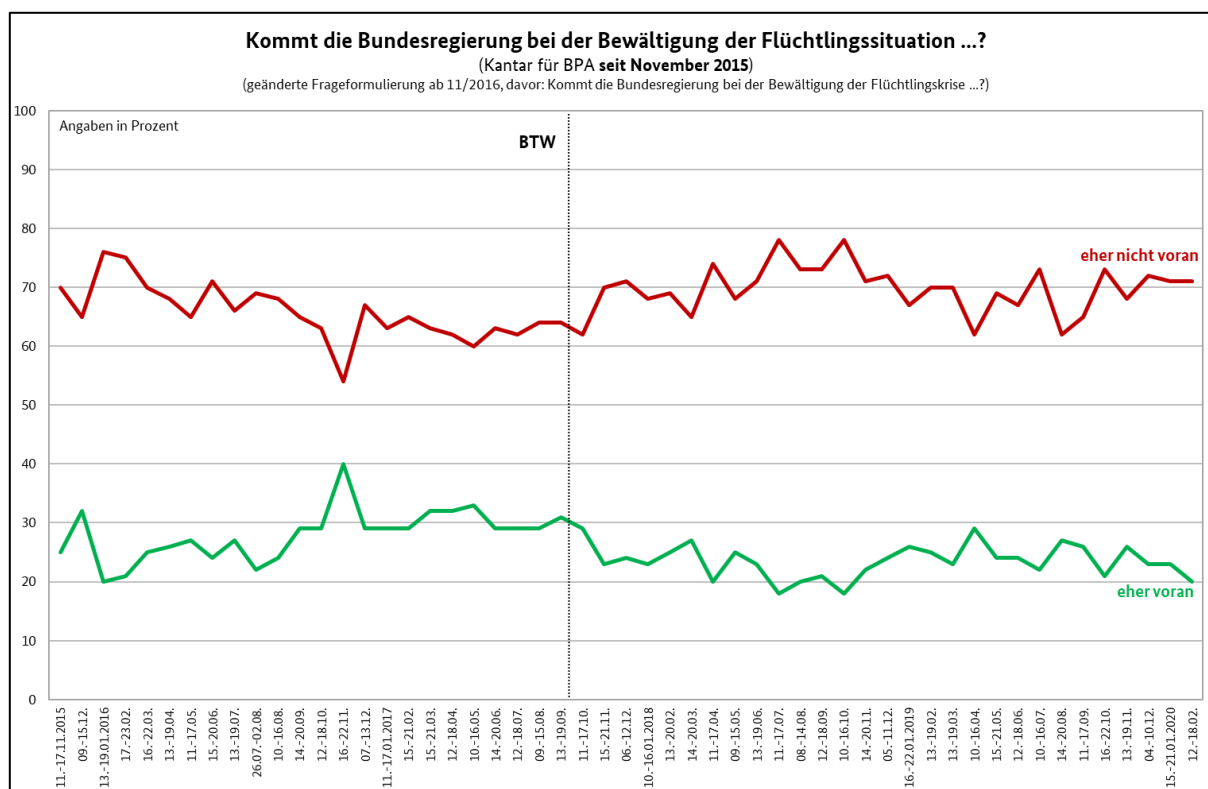
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	Kantar für BPA
eher voran	20 (-3)
eher nicht voran	71 (-)
Erhebungszeitraum	12.-18.02.

In allen Bevölkerungs- und Wählergruppen sieht eine Mehrheit weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation.

Anhänger der AfD (89 %) sind besonders oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung eher nicht vorankommt.

Hingegen meinen Anhänger der SPD und der FDP (jew. 32 %) überdurchschnittlich häufig, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger dieser Meinung als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (29 % zu 16 %).



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen	44 (-8)
Coronavirus	22 (+4)
CDU	11 (+8)
Annegret Kramp-Karrenbauer	8 (-11)
Erhebungszeitraum	17.-19.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am häufigsten mit dem Thema "Landtagswahl/Regierungsbildung Thüringen". Anhänger der Linkspartei (65 %) nennen es besonders häufig, Ostdeutsche deutlich häufiger als Westdeutsche (62 % zu 40 %), Männer häufiger als Frauen (48 % zu 39 %), über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (59 % zu 30 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (52 % zu 38 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (48 % zu 31 %).

